

Der Iran und der Westen

Vortrag von Miriam Lau in Iran Konferenz im DAI / 2. Juli 2005

Der Iran, so schreibt Kenneth Pollack in seinem aktuellen Werk „The Persian Puzzle“, der Iran und sein Streben nach Kernwaffen „sind ein Problem aus der Hölle. Es gibt keine Lösung nach klassischem Muster.“ Pollack, ursprünglich ein CIA-Mann, der für die Clinton-Administration als Golf-Experte im Nationalen Sicherheitsrat saß, hat schon das Handbuch zur Invasion im Irak, „The Threatening Storm“ geschrieben - weshalb viele seiner Leser mit entsprechender Neugier zum letzten Kapitel vorgeblättert haben dürften: sollen wir nun oder sollen wir nicht?

Es ist nicht nur der Schlamassel im Irak, den Pollack vor Augen hat, wenn er diesmal händeringend vor einer Intervention warnt (gezielte Angriffe auf einzelne Nuklearanlagen sieht er zwar weniger skeptisch, aber der Königsweg, für den manche Falken sie halten, sind sie eben leider auch nicht). Es ist die lange, verknotete Geschichte der Beziehung zu einem Land, dessen Außenpolitik hauptsächlich von Xenophobie bestimmt wird, von Pragmatismus nur, wenn man Glück hat. Und weil auch Xenophobiker gelegentlich tatsächlich von Fremden ausgenutzt, brutal an die Wand gedrängt und für dumm verkauft werden, kann man die Paranoia der Iraner nicht einfach zu antiwestlichem Aberglauben erklären. Man braucht nur die Zauberwörter „Anglo-Persian Oil Company“, „Mossadegh“, „Schah-in-Schah“, „Botschaftsbesetzung“, oder „Saddam“ vor sich hinzusagen, schon hat man einen ganzen Wald von Hindernissen vor Augen, die einem vertrauensvollen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und dem Westen generell im Wege stehen.

Die Amerikaner waren die ersten, eigene Missetaten einzuräumen. Clintons Außenministerin Madeleine Albright stellte sich, was in internationalen Beziehungen absolut unüblich ist, im März 2000 in einem Washingtoner Forum hin und erklärte vor aller Welt: „Im Jahr 1953 spielten die Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle bei der Organisation des Sturzes von Irans beliebtem Premierminister Mohammad Mossadegh. Die Eisenhower-Administration hielt diese Vorgehensweise aus strategischen Gründen für gerechtfertigt; aber der Staatsstreich war eindeutig ein Rückschlag für die politische Entwicklung des Iran. Es ist leicht zu verstehen, warum viele Iraner diese Einmischung Amerikas in ihre inneren Angelegenheiten bis zum heutigen Tag übel nehmen. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten und der Westen im darauf folgenden Vierteljahrhundert nachhaltig das Regime des Schah unterstützt. Zwar hat er viel für die ökonomische Entwicklung des Landes getan, aber er hat auch den politischen Dissens brutal unterdrückt. Wie Präsident Clinton bereits sagte, müssen die Vereinigten Staaten ihren Teil der Verantwortung für die Probleme im iranisch-amerikanischen Verhältnis übernehmen. Selbst in jüngerer Zeit gab es Aspekte der amerikanischen Politik gegenüber dem Irak während des Konflikts mit dem Iran, die bedauerlich kurzfristig waren, vor allem wenn man unsere späteren Erfahrungen mit Saddam Hussein bedenkt.“

Wie gesagt: absolut ungewöhnlich, so etwas. Zwei Jahrzehnte lang hatten die Iraner dieses Eingeständnis

und diese Entschuldigung gefordert. Da waren sie. Was war die Reaktion? Ayatollah Khamenei, der Oberste Revolutionsführer, ließ es sich nicht nehmen, selbst zu antworten: „Jetzt, mehr als vierzig Jahre später“, so sagte er auf einer Massenkundgebung in Maschhad, beim größten schiitischen Heiligtum des Landes, „gestehen sie ihre Unterstützung des korrupten, diktatorischen Pahlavi-Regimes über 25 Jahre hinweg ein. Passt genau auf. Jetzt sagen sie, dass sie Saddam Hussein in seinem Krieg gegen den Iran unterstützt haben. ...Die Frage ist, was nützen uns solche Bekenntnisse? Ein Geständnis, Jahre nachdem das Verbrechen begangen wurde, und während sie womöglich jetzt und heute ähnliche Verbrechen begehen – so etwas nützt der iranischen Nation gar nichts.“ Was die „iranische Nation“ wirklich von den Ouvertüren hielt, werden wir wohl noch längere Zeit nicht erfahren. Wann immer die Bevölkerung der islamischen Republik eine einigermaßen freie Wahl hatte, entschied sie sich gegen die Mullahs, oder zumindest gegen die Hardliner. Gerade die Jugendlichen, die inzwischen eine Mehrheit des Volkes bilden, haben bekanntermaßen genug von ihnen. Daraus aber zu schließen, die Iraner seien als das „proamerikanischste Volk des Mittleren Ostens“, was sie womöglich sind, für einen Regimewechsel von außen, gewissermaßen als Kollateralgewinn eines „Counterproliferation“-Militärschlags einfach nur dankbar, ist, wie wir sehen werden, gewagt.

Was Ervand Abrahamian den „paranoiden Stil“ der iranischen Politik genannt hat, ist nämlich viel älter als die gegenwärtigen Scharmützel mit der amerikanischen Administration. Er ist ein Echo des Großreichs, das die Perser einmal waren, mit monotheistischer Religion, einer hypermodernen Verwaltung und Zivilisation, einer riesigen Armee und einem Territorium, das von Ägypten bis nach Zentralasien reichte. Und diese Geschichte ist nicht in Museen vergraben. Jedes Straßenkind weiß davon. Jeder kann die Namen der größten Herrscher und ihrer Dichter aufzählen. Diese Erfolgsgeschichte begründete ein Überlegenheitsgefühl über die Nachbarn, an das die viel gescholtene „globale Arroganz“ der Amerikaner auch nicht annähernd heranreicht. Wer je meinen Vater über die Araber und ihre Essgewohnheiten hat reden hören, oder sich mal die Bezeichnungen übersetzen lässt, die man sich für Türken oder Afghanen ausgedacht hat, gewinnt einen Eindruck. Irans Karriere als wichtigster Förderer des Terrorismus im Nahen Osten, als aktivster Gegner eines Friedens zwischen Israel und den Palästinensern, ist das traurige Relikt dieser Vormachtstellung – ein Aspekt, den sich viele Verteidiger des „antimperialistischen Kampfes“ nicht so recht klarmachen. Speziell der Nixon/Kissinger-Administration war diese Vormachtstellung des Iran unter dem Schah als Verbündeter im Kalten Krieg lieb und sehr, sehr teuer. „He’s a sonofabitch, but he’s *our* sonofabitch“, lautete die Faustregel dieser Schule der Realpolitik.

Ein zweiter wichtiger Umstand ist, daß der Iran in den letzten 500 Jahren das einzige Land war, in dem Schiiten regierten – was das Gefühl von Einzigartigkeit ebenso bestärkt hat wie das der Isolation, das in einem von Bergen eingeschlossenen und von Wüsten durchzogenen Landstrich ohnehin in der Luft liegt. Der Schiismus in Gestalt der Safawiden, eines ursprünglich militanten Sufi-Ordens, kam erst im 16. Jahrhundert in den bis dahin sunnitischen Iran, nachdem etliche blutige Eroberungen von Türken bis Mongolen das Land verwüstet hatten. Dass der Schiismus die Stimmung wesentlich gebessert hätte, kann man wohl nicht sagen.

Das Weinen und Klagen, das Trauerschwarz, die Selbstbeichtigungen, die man heute noch im iranischen Fernsehen und bei den Prozessionen im heute irakischen Nadjaf und Kerbala sieht, waren von Anfang an Teil des Glaubensbekenntnisses. Nach dem Tod des Propheten Mohammad im siebten Jahrhundert entbrannte ein Streit um seine Nachfolge, das Kaliphat. Eine Mehrheit wollte Abu Bakr, einen langjährigen Kampfgenossen und Schwiegervater Mohammeds, während eine Minderheit Ali wollte, seinen Cousin und Schwiegersohn. Nach dessen Ermordung entbrannte der Streit aufs Neue; seine Jünger, die „Partei Alis“ oder Shi’at Ali, kurz „Schia“ wandten sich gegen den neuen Kaliphen Mu’awiya, der ein Kandidat der Kaufleute von Mekka und Medina war, und formierten sich zu einer politischen Partei, die ihren Kandidaten Hussein zumindest nach dem Tod Mu’awiyas durchsetzen wollte. Zu einem Glaubensbekenntnis, das Abschied von der Politik nahm, wurde die Bewegung erst, als Hussein und seine Unterstützer in Kerbala niedergemetzelt wurden, heute eins der wichtigsten Heiligtümer der Schiiten, was dem Irakkrieg seine besondere Brisanz verlieh. Der Jahrestag der Schlacht, „Ashura“, der zehnte des Monats Muharram, wurde der heiligste Tag des schiitischen Jahres, an dem man klagt und sich dafür blutig geißelt (im Iran inzwischen verboten), Hussein nicht bei Kerbala zur Hilfe gekommen zu sein.

Diese Vorgänge sind kein Vergleich zu den Reformationkriegen, die Europa im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert verwüsteten. Die Schiiten sind den Sunniten sehr viel ähnlicher als Protestanten den Katholiken; die Spaltung entstand ja auch nicht aus Glaubensfragen, sondern lediglich im Streit um die legitime Nachfolge des Propheten. Aber einen entscheidenden Unterschied gibt es doch: den des Imamats. Die meisten Iraner sind Zwölfer-Schiiten, denn sie glauben, dass es zwölf Imame gibt: Ali, seine Söhne Hassan und Hussein, und neun andere. Sie alle waren in den Augen der Schiiten Märtyrer – eine Passionsgeschichte von Anfang bis Ende. Der zwölfte wurde vor den Feinden der Schiiten versteckt, als er noch ein Baby war. Später wurde verlautet, er sei in eine Form der Okkultation übergetreten, eine Große Verborgtheit, und werde erst sehr viel später messianisch zurückkehren, als Mahdi, der eine Zeit der Gerechtigkeit anbrechen lässt, die in einer Art jüngstem Gericht endet. Die Sunniten glauben, dass Gott den Menschen im Prinzip alles gegeben hat, was sie brauchen, um ihr Leben im Sinne des Koran und des Propheten zu führen. Die Schiiten dagegen suchten, in Abwesenheit des Mahdi, nach religiöser Anleitung. Die Rolle des Mudschtahid, des Rechtsgelehrten, der die Schriften interpretieren und Männern und Frauen sagen kann, wie sie leben sollen, war die Basis für Khomeinis folgenschweres Konzept des Velayat-e faqih, der Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten. Die Ausübung eines politischen Amtes aber, der Staatsführung gar, passt zum schiitischen Quietismus eigentlich nicht. Es war auch nicht in erster Linie die Religion, die Khomeini zur Unterstützung der Mittelschichten und der linken Intelligentsia verholfen hat, sondern der „Tiermondismus“, Antimperialismus und Antikapitalismus der siebziger Jahre (die Linken hatten sich darauf verlassen, die Mullahs würden für sie die Revolution machen, und dann so freundlich sein, ihnen die Macht in die Hand zu drücken).

Es könnte also paradoxerweise gerade die Religiösität sein, die den iranischen Mullahs das Wasser abgräbt – zumal wenn ihnen religiöse Credentials fehlen, wie dem Revolutionsführer Khamenei, und wenn aus dem

Irak ein schiitischer Ayatollah wie der iranisch-stämmige Al Sistani für die Trennung von Politik und Religion plädiert. „Islamisierung führt zur Desakralisierung“, fasst Olivier Roy diese Entwicklung zusammen. „Die Überbetonung staatlicher Macht durch Islamisten hat die Religion entwertet. Ermächtigung führt zu Korruption, Kompromiß und dem Verlust der Utopie. Der Islamismus an der Macht schafft weder neue Formen von sozialer noch ökonomischer Gerechtigkeit. Die Heuchelei regiert: unter dem Schleier moralischen Konservatismus herrscht die Korruption.“

Der dritte und vielleicht gewichtigste Grund für den „paranoiden Stil“ der iranischen Politik ist die schlichte Tatsache, dass die Iraner, die über Jahrhunderte die Europäer als Barbaren belächelt hatten, seit etwa 1800 zum Spielball europäischer Großmächte wurden. Regierungen wurden installiert und abgesetzt, Märkte monopolisiert und aufgeteilt, Armeen hin und hergeworfen, Rohstoffe angezapft, als habe man es mit einem Playmobil-Arrangement zu tun. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich umso verwunderlicher, dass es heute ausgerechnet die Europäer sind, die noch am ehesten mit einer Verhandlungsbereitschaft der iranischen Führung rechnen können. Am Beispiel der Causa Mossadegh und ihrer Nachwehen in den sechziger Jahren kann man nämlich eine erstaunliche Entdeckung machen: es waren die Amerikaner, vor allem in Gestalt der Regierungen Truman und Kennedy, die versuchten, gegenüber den Briten und dem Schah eine Verbesserung der Lebenslage der iranischen Bevölkerung und eine Demokratisierung durchzusetzen. Schon in der konstitutionellen Revolution von 1906 war es die amerikanische Abneigung gegen den Imperialismus der Briten und Russen gewesen, in der die aufständischen Bürgerlichen einen Bündnispartner gehabt hatten. Was der letzte Schah, einer der größten Xenophobiker der politischen Bühne, sich später als „Weiße Revolution“ ans Revers heftete, wäre ohne den Druck der Amerikaner kaum realisiert worden. Nicht dass dieser Druck ohne Eigennutz ausgeübt worden wäre. Auch vertrug er sich bestens mit gleichzeitiger Gutmütigkeit gegenüber den horrenden Machenschaften des Geheimdienstes Sawak, und es hatte auch niemand etwas dagegen, dass der größtenwahnsinnige Schah in Amerika Waffen für Milliarden Dollar kaufte, die im Land bitter fehlten. Aber es gab diesen Druck, und er spielt im Geschichtsbewusstsein des offiziellen Iran bezeichnenderweise überhaupt keine Rolle.

Aber zurück zu Mossadegh. Sein Name ist, neben dem Allendes, noch heute ein Synonym für die Sünden des Imperialismus und der amerikanischen Heuchelei. Er taucht auf der Beschwerdeliste Osama bin Ladens auf. Sein Schicksal und das des Iran unter dem Schah war eine Initialzündung der deutschen Studentenbewegung. „Daß der Iran krepieret“, so schrieb Hans Magnus Enzensberger feurig 1967, „davon haben wir zweierlei: wir verdienen daran, und wir unterhalten uns damit.“ Mossadegh war der tragische Held in einem Schurkenstück, das mein Vater in seinem Buch „Persien, Modell eines Entwicklungslandes“, zu dem Enzensberger das Nachwort schrieb, als die „Diktatur der freien Welt“ bezeichnet hatte. Sogar die Besetzung der amerikanischen Botschaft 1979, bei der 52 Botschaftsangehörige ein Jahr lang festgehalten wurden, wird noch auf Mossadegh zurückgeführt: „Es ist nicht abwegig, zu behaupten,“ schrieb der Politologe Mostafa Zahrani noch 2002, „dass Iran, wenn der Coup nicht gewesen wäre, heute eine gefestigte Demokratie sein könnte. Seine Folgen

waren so traumatisch, dass viele Iraner nach dem Abdanken des Schah 1979 Angst hatten, 1953 könnte sich wiederholen, was eines der Motive für die Botschaftsbesetzung durch die Studenten war. Diese wiederum löste den Irakkrieg aus, während die Revolution selbst zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan führte.“ Mossadegh wird erinnert als der Mann, der dem Westen und dem Despotismus die Stirn bot. Es lohnt sich aber, die Sache ein wenig genauer unter die Lupe zu nehmen.

Im Zweiten Weltkrieg war der Iran zu einem höchst bedeutsamen Nebenkriegsschauplatz geworden; die Russen bedienten sich aus der Kornkammer des Nordens, bis Hungersnöte unter der Bevölkerung ausbrachen, die Briten hatten sich exklusive Rechte im Süden gesichert, beide nahmen Steuern, Tantiemen, Abgaben aller Arten. Nachschublinien im Krieg gegen die Deutschen durchkreuzten das Land. Hätte der Iran seine Öl-Einnahmen selbst kontrolliert, wären 1950 insgesamt 275 Millionen Pfund im Land geblieben. Unter den Bedingungen der Anglo-Iranian Oil Company (AIOC), deren Buchführung einem noch heute den Kamm anschwellen lässt, blieben ganze 37 Millionen. Kein Wunder, dass der erste Pahlavi-Schah, Reza Khan (ein ehemaliger Kosakenoffizier, kein Blaublütler!) Persien in „Iran“, „Land der Arier“ umbenannte, und wohlwollend den Beifall iranischer Eliten für Hitler goutierte. Reza Schah war ein Modernisierer nach dem Atatürk-Modell: große, wenig zimperliche Armee, Industrialisierung, Ausbau der Infrastruktur, Abschaffung der Scharia-Gerichte, Bildungspolitik, Gesundheitsversorgung, Frauenemanzipation, und wer nicht mit wollte, dem wurde nachgeholfen. Für freie Zeitungen oder ein Parlament fehlte dem Kaiser entschieden die Geduld. Reza Schah nahm, wo er konnte, amerikanische Hilfe gegen Briten und Russen in Anspruch, wahrscheinlich gegen den Willen der iranischen Mittelschichten. Nach der Invasion Russlands durch die Deutschen war sein Sturz durch Stalin und Churchill unvermeidlich. Sie installierten 1941 seinen Sohn, Mohammad Reza Schah Pahlavi, dessen Hauptanliegen die Zurückdrängung der Europäer und die Renaissance einer Weltmacht Iran war. Ihm stand, wie Pollack schreibt, „die bittere Ironie bevor, die revolutionären Massen 1978 gegen ihn wüten zu hören, er habe den Iran an den Westen verkauft“. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Iran zum ersten Schauplatz des Kalten Krieges. Die Russen, die das Land noch immer besetzt hielten, sorgten für den Aufbau einer kommunistischen Partei und zogen erst nach erheblichem Druck ab.

Der Iran war zu diesem Zeitpunkt eins der ärmsten Länder der Welt. Die Ölarbeiter schliefen in den sieben heißen Monaten unter Bäumen, im Winter zogen sie in Hallen, die von der AIOC für 3000 Leute gebaut worden waren, ohne Abtrennungen. „Wir Briten“ so zitiert ein israelischer Handelsreisender die lokalen Statthalter, „haben Hunderte von Jahren Erfahrung, wie man die Eingeborenen behandelt. Sozialismus ist eine feine Sache für zu Hause, aber hier musst du der Herr sein“. In diesem Klima entstand 1949 die Nationale Front, eine Koalition von Landbesitzern, Liberalen, Intellektuellen, Sozialisten, Bazaaris (der traditionellen Händlerschicht), verschiedenen religiösen Gruppen und einigen Rechtsextremen. Dieser bunte Haufen gruppierte sich um den exzentrischen Mohammad Mossadegh, der zwei Dinge wollte: sich den Pahlavis entgegenstellen, und den ausländischen Ölfirmen fairere Bedingungen abverlangen. Wenig später wollten die Iraner den Vertrag der AIOC nachverhandeln. Die Briten, deren Ökonomie nach dem Krieg am Boden

war, schalteten auf stur und machten ein lächerliches Angebot. Der Schah, aus Angst die Briten würden ihn absetzen, verlangte vom Parlament die Annahme. Aber das Parlament revoltierte, und beschloss sofort, die Ölfelder zu verstaatlichen.

Die Sympathien der Truman-Administration galten den iranischen Nationalisten. Schließlich hatte man eigene Erfahrungen mit britischen Kolonialherren. Außerdem befürchtete Außenminister Acheson, das britische Verhalten würde die Iraner in die Arme der Kommunisten treiben. Sie hielten Mossadegh nicht für einen Kommunisten; sie signalisierten sogar, sie hätten nichts gegen eine Verstaatlichung einzuwenden, solange die AIOC angemessen entschädigt würde. Die Amerikaner schlossen ein Verteidigungsbündnis mit dem Iran, gaben Entwicklungshilfe – ohne die eine Nationalisierung gänzlich unfinanzierbar gewesen wäre – und bürgten für einen Weltbankkredit. Die Lage zwischen Briten und Iranern spitzte sich zu. Als Acheson erfuhr, dass die Briten eine Invasion planten, ließ er ihnen eine Warnung zukommen – was bizarrer Weise von Mossadegh als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans mit einer geharnischten Protestnote goutiert wurde. Churchill wiederum ließ die Amerikaner wissen, eine Unterstützung im Korea-Krieg sei nur für den Preis einer amerikanischen Unterstützung im Iran zu haben.

Mossadegh entstammte dem iranischen Establishment; seine Familie hatte im 19. Jahrhundert etliche Male den Ministerpräsidenten gestellt. Er pflegte Kabinettsitzungen gelegentlich im Pyjama abzuhalten, und musste Versammlungen oft wegen eingebildeter Krankheiten verlassen. Er ging am Stock, um kurz darauf lustig davonzutragen. Er hatte eine Neigung zu Melodramen, und die schiitische Neigung zum Martyrium für eine noble, aber verlorene Sache. „Bevor ich mich mit den Briten einige“, ließ er sich vernehmen, „verschließe ich die Ölquellen lieber mit Schlamm.“ Seine angebliche Hochachtung für das Gesetz vertrat sich schlecht mit dem äußerst pragmatischen Wahlbetrug, den er im Frühjahr 1952 beging, als sich abzeichnete, dass die Stimmung durch einen Boykott der Briten und ständig sinkende Öl-Einnahmen sich gegen ihn zu wenden drohte. Auch die Mullahs scherten wegen seines Sekularismus aus der Koalition aus. Mit der (sicher nicht gänzlich unzutreffenden) Behauptung, die Wahlen würden von ausländischen Kräften manipuliert, forderte Mossadegh sein Kabinett in einer Notstandsitzung auf, die Wahlen auszusetzen, und nur die in Teheran gewählten Kandidaten zu akzeptieren. Mit den umfassenden Vollmachten, die er sich bei dieser Aktion angeeignet hat, hätte er weitreichende Reformen durchsetzen können. Er tat es nicht. Er verfolgte nichts als seine Obsession der Vertreibung der Briten.

Wenig später gaben die Briten nach. Unter amerikanischem Druck waren sie bereit, den 50:50-Deal anzunehmen, den die Iraner immer gefordert hatten. Aber Mossadegh, inzwischen gänzlich auf schiitischem Selbstmord-Kurs, lehnte nun ab. Hätte er das Angebot akzeptiert, wäre es mit ziemlicher Sicherheit nicht zu dem Coup gekommen. Seine Hartleibigkeit überzeugte wiederum die Eisenhower-Administration, die inzwischen in Washington das Ruder übernommen hatte, daß mit Mossadegh kein Staat zu machen war. Die Briten nahmen derweilen Kontakt zu General Fazlollah Zahedi auf – einem Mann, auf den auch die Nazis schon einmal gesetzt hatten. Mossadegh brach die diplomatischen Beziehungen ab und verwies alle Briten

des Landes. Diese nahmen daraufhin Kontakte zur CIA auf, die samt und sonders begeistert von der Idee eines Umsturzes waren. Mossadegh seinerseits war der Fehleinschätzung aufgesessen, die sich im iranisch-amerikanischen Verhältnis noch oft wiederholt hat, nämlich dass die Amerikaner auf die Iraner angewiesen seien, und niemals riskieren würden, dass das Land den Kommunisten in die Hand fiel. Deshalb drohte er, wenn Eisenhower ihm nicht gegen die Briten beistünde, werde er sich an die Sowjetunion wenden. Böser Fehler! Diese Administration operierte nach der Philosophie, dass Reformbewegungen nur Einflugschneisen für die Kommunisten liefern würden, und hielten Mossadegh für bestenfalls unzuverlässig, und schlimmstenfalls einen Agenten Moskaus. Als dieser dann tatsächlich mit den Kommunisten flirtete, wenn auch nur punktuell, war sein Schicksal besiegelt. Mossadegh wurde nach einer blutigen Schlacht in seinem Haus verhaftet, die CIA organisierten Straßendemonstrationen zugunsten General Zahedis und verkleidet als Tudeh-Sympathisanten (Kommunisten), die vorgaben, für Mossadegh zu demonstrieren, um die Royalisten und Bazaaris gegen ihn aufzubringen, und der Schah kehrte aus seiner Fluchtburg nach Hause zurück.

Mossadegh wird erinnert als der Mann, der dem Westen die Stirn bot – dabei war sein Konzept der Verstaatlichung der Öl-Industrie ohne massive amerikanische Entwicklungshilfe völlig undenkbar. Er wird als politischer Reformler erinnert, dabei scheint er ein recht opportunistisches Verhältnis zur Demokratie gehabt zu haben – sie war wohl nicht viel mehr als ein Vehikel für seine Obsession mit den Briten, der er als Märtyrer im Geiste Husseins bereit war, alles zu opfern, vor allem auch das Wohlergehen seines Volkes, das unter dem Embargo der Briten erheblich zu leiden hatte. Seine Fixiertheit auf ausländische Verschwörungen bewirkte eine ausländische Verschwörung. In Khomeinis Amerikahass begegnet einem diese Disposition wieder. Dass die iranische Ökonomie am Boden liegt, ist zuallererst das Ergebnis von Misswirtschaft, Dirigismus und Korruption, aber auch von Sanktionen, die man sich durch den paranoiden Kampf gegen amerikanische Einflüsse im Nahen Osten eingebrockt hat. Mossadeghs Beliebtheit wuchs nach seinem Sturz, ähnlich wie die Allendes, in Höhen, die er im Amt nie hatte erreichen können; parallel dazu verbreitete sich die Überzeugung, die Amerikaner hätten die Briten als Hauptausbeuter des Iran beerbt. Aber Mythos hin, Verklärung her: an der Tatsache, dass Amerikaner ihn gestürzt haben, mit Gewalt und üblen Tricks, ist nicht zu rütteln.

Bernard Lewis, Hassfigur der politisch korrekten Islamwissenschaftler und Gewährsmann der amerikanischen Neocons, pflegt den muslimischen Hass auf Amerika regelmäßig mit der Konfrontation zwischen dem einst mächtigen Islam und dem Christen- und Judentum zu erklären, bei dem sich der Islam als kulturell, militärisch und politisch unterlegen erwiesen habe. Der Westen wird gehasst, nicht „für das, was er tut, sondern für das, was er ist“, schrieb Lewis in einem berühmten Essay (*Atlantic Monthly*, 9. September 1990), den er nach dem 11. September noch einmal aktualisiert hat. „Es gibt kein Kuba, kein Vietnam in der muslimischen Welt, und keinen Ort, an dem amerikanische Truppen als Angreifer unterwegs sind, nicht einmal als ‚Berater‘. Und trotzdem gibt es Libyen, Iran und den Libanon, und eine Woge des Hasses, der die Amerikaner beunruhigt, alarmiert und vor allem verblüfft.“ Die Überlegenheit des Westens habe europäische Ideen von Marxismus bis

Nationalsozialismus in die muslimische Welt eingeschleust, die zur Erosion traditioneller Werte beigetragen hätten. Dagegen erhebe sich nun der muslimische Zorn. Das hat, speziell nach dem 11. September, als hierzulande hämisch konstatiert wurde, die Amerikaner hätten sich den Anschlag auf das World Trade Center doch selbst zuzuschreiben, sehr plausibel geklungen. Lewis war vor allem unangreifbar, wenn er demonstrierte, wie gerade im Bezug auf Regimes in der Dritten Welt im Westen mit zweierlei Maß gemessen wird. „Leute aus dem Nahen Osten beschwerten sich zunehmend, dass sie nach anderen, niedrigeren Maßstäben beurteilt werden als Europäer und Amerikaner. Westliche Kommentatoren übersehen regelmäßig Handlungen und verteidigen Regenten, die sie in ihren eigenen Ländern niemals dulden würden.“ Das Massaker in der syrischen Stadt Hama, bei dem 1982 über zehntausend aufständische Muslimbrüder durch Regierungstruppen ermordet wurden, wurde von den „Tiermondisten“ praktisch nicht zur Kenntnis genommen. Das Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schattila, begangen durch libanesische Milizen, wurde allein dem befehlshabenden Ariel Sharon zur Last gelegt. Die Menschenrechtsverletzungen der islamischen Revolution 1979, Khomeinis Bruch aller demokratischen Versprechen, die er noch im französischen Exil hatte verlauten lassen, wurden, auch von der Linken im Iran selbst, als die Späne betrachtet, die eben fallen, wenn man die wahren Feinde hobeln will. Die Anglistin Azar Nafisi, die nach der Revolution aus Amerika in den Iran zurückgekehrt war und später an der Teheraner Universität heimlich mit einigen Studentinnen Fitzgerald, Austen und Nabokov gelesen hat, erinnert sich, wie ihre linken Kollegen und Studenten angesichts der ersten Hinrichtungs- und Verhaftungswellen kommentierten, man habe dringendere Anliegen als die bürgerlichen Freiheitsrechte: „Die Imperialisten und ihre Stiefellecker sind wichtiger. Von Frauenrechten zu sprechen sei individualistisch und bourgeois, und würde nur dem Feind in die Hände spielen. Welche Imperialisten, welche Stiefellecker? Meinst du die verprügelten, geschwollenen Gesichter, die im Nachtprogramm ihre Verbrechen gestehen und ihren Tod begrüßen? Meinst du die Prostituierten, die sie zu Tode gesteinigt haben, oder meine frühere Direktorin, Frau Parsa, die wegen „Verbrechens gegen Anstand und Moral in einen Sack gesteckt und erschossen worden ist? Ich kenne deine Argumente, schoss ich zurück, ich war selber bis vor kurzem in deiner Branche.“

Bernard Lewis hatte also durchaus Recht, wenn er auf den „double standard“ hinwies, der für Menschenrechtsverletzungen im Nahen Osten gilt. Inzwischen aber hat seine Behauptung, es komme beim Hass „der Muslime“ nicht so darauf an, was der Westen tue, sondern was er sei: nämlich demokratisch, frei und säkular, ein gefährliches Eigenleben angenommen. Noch immer gibt es zwar kein Vietnam, und auch kein Kuba, (und auch kein Nixon-Kissinger-Schah-Gespann, möchte man hinzufügen); und der Sturz Saddam Husseins ehrt die Bush-Administration immer noch. Aber die fatalen Fehler, die bei der Invasion unterlaufen sind – zu wenig Truppen, zu wenig Nachkriegs-Planung, keine Strategie für den Umgang mit der sunnitischen Minderheit, Rumsfelds Verbleib im Amt trotz alledem – scheinen auf das Projekt „Demokratisierung des erweiterten Nahen Ostens“, jedenfalls wie es sich die Neocons vorstellen, überhaupt keinen Einfluß zu haben.

Im *Weekly Standard* (3. Januar 2005), einem der Hausblätter der Neocons, liest sich die einzig

verbleibende Option im Bezug auf die Nuklearpläne des Iran folgendermaßen (Unterstützung der europäischen Verhandlungsbemühungen wird wegen Eierlosigkeit der Europäer und dem teuflischen Bazaar-Geschick der Iraner schon mal gleich verworfen): „Die einzige Option, die den Kneiftest besteht“ so schreibt Reuel Gerecht, „ist ein präemptiver Schlag gegen alle Anlagen, die amerikanische, europäische, israelische und (inoffiziell) IAEA-Aufklärer für waffenfähige Nuklearanlagen halten. Gewiß gibt es viele Argumente gegen einen Präemptivschlag, aber nur einer ist wirklich frei von der Bewusstseinslage vor 9/11, als man defensive Strategien im Kampf gegen den Terror noch immer gegenüber den offensiven bevorzugt hat. Die schwachen Argumente – die iranische Nation wird sich gegen uns richten, die demokratische Bewegung im Iran wird daran zugrunde gehen, der iranische Klerus wird sich im Irak rächen – sind weder historisch noch psychologisch besonders überzeugend. Die Iraner als Volk könnten sich plötzlich zusammenrotten – na und? Die Iraner haben sich auch zusammengerottet, als Saddam Hussein 1980 einmarschierte. Die Invasion hat den geistigen Zusammenbruch der Islamischen Revolution nicht aufhalten können, und auch nicht die wachsende Wut in der Bevölkerung auf die regierende Elite. (...) Und selbst wenn sich die Iraner als nationalistische Zeloten erweisen sollten – schließlich gibt es für alles ein erstes Mal - die Geschichte ist gepflastert mit entschlossenen Nationalisten, die Kämpfe gegen eine überlegene Macht verloren haben.“

Muß einen dieser Ton, und die dahinter stehende Haltung – wer nicht auf der Höhe unserer Bewußtseinslage ist, hat Pech gehabt – nicht ein ganz klein wenig an den sowjetischen Revolutionsexport in den Ostblock unseligen Angedenkens erinnern? So sympathisch und plausibel der Kampf für eine Demokratisierung des Nahen Ostens ist – und so peinlich das europäische Desinteresse (ich sage nur „kritischer Dialog“, Kinkel, Mykonos) in dieser Angelegenheit sein mag - diese Art von blindem Völkerverbesserungsfuror ist beängstigend, und, was schlimmer ist, womöglich ineffizient.

Beruhigenderweise scheint man das in der zweiten Bush-Administration ähnlich zu sehen. Das Prestigeprojekt ist nicht eine Invasion in Syrien, oder gar im Iran, sondern die Wahlen im Irak, deren Wirkung auf den Iran gerade wegen des Wahlsiegs moderater Schiiten man gar nicht hoch genug veranschlagen kann. Regimewechsel durch osmotischen Druck vom schiitischen Nachbarn! Wandel durch Annäherung! Nicht nur die neue Außenministerin Condoleezza Rice, sogar Verteidigungsminister Rumsfeld weisen den Gedanken an eine Intervention „at this point“ weit von sich. Daß man sie sich trotzdem vorbehalten muß („speak softly, and carry a big stick“), liegt auf der Hand.

Es könnte also sein, dass man es bei der gegenwärtigen Gemengelage mit einer erfreulichen Koinzidenz pragmatischer Überlegungen zu tun hat. Die Mullahs wissen, daß ihre Tage gezählt sind, daß die Leute sie nicht mehr sehen können, und daß sie ihnen wirklich etwas werden bieten müssen – Jobs, Technologien, Popkultur, Sittenlockerungen- wenn sie die permanente Erosion ihrer Macht aufhalten wollen. Das Nuklearprogramm – welchen Nutzen auch immer Iran davon macht – ist eines der wenigen Themen, bei dem sie auch mit der Unterstützung der säkularen, nationalistisch denkenden Kräfte rechnen können. Keine iranische Regierung kann es sich erlauben, vor der Welt einen Verzicht darauf zu erklären. Ein erzwungener Regimewechsel,

gewissermaßen als Kollateralgewinn eines Militärschlags, wird an den Ambitionen also nicht unbedingt etwas ändern. Außerdem besitzt der Iran seit mindestens 15 Jahren chemische und biologische Waffen, die noch nie an Terroristen weitergegeben oder zu Eroberungszwecken eingesetzt worden sind. „Der Iran“ so sagte Ken Pollack in einem Interview mit der Zeitschrift *Mother Jones* (24. Januar 2005), „benutzt den Terrorismus sehr instrumentell als Element seiner Außenpolitik; er ist nicht darauf aus, so viele Leute wie möglich zu töten, wie Al Qaida. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass sich daran etwas ändern würde.“ Es könnte also sein, daß sich der Westen am klügsten darauf verlegt, mit einem nuklearen Iran zu leben. Die Islamische Republik hat mehrmals in der Vergangenheit ihren Pragmatismus unter Beweis gestellt, und bei der Afghanistan-Invasion oder beim Krieg gegen Saddam keine Scheu gehabt, mit dem großen Satan zusammenzuarbeiten. Warum also nicht den Kalten Krieg noch einmal aufleben lassen, und rote Linien markieren: Israel wäre eine, die Hizbollah eine andere, während man gleichzeitig Sicherheitsarrangements für andere Verbündete in der Region schafft, und ein Inspektionsregime wie im Irak. Was das iranische Volk betrifft, so schreibt jedenfalls Katajun Amirpur, „heißt viele die amerikanische Iran-Politik durchaus gut. Deutschland und die EU hingegen werden von vielen kritisiert, weil diese immer noch auf den Dialog setzen und auf Reformen von innen hoffen. Nein, sagen überraschend viele Gesprächspartner. Was hat der Dialog denn gebracht? Druck von außen ist das einzige, was uns jetzt noch helfen kann.“

Wenn die Europäer sich an diesem Druck beteiligen, die Amerikaner auf Abenteuer verzichten, und wenn vom Irak gewisse Frühlingseffekte herüberstrahlen – wer weiß, vielleicht naht dann das Ende der Großen Verborgenheit.

Kenneth M. Pollack, *The Persian Puzzle. The Conflict Between Iran and America*. New York: Random House 2004

Madeleine K. Albright, *Madam Secretary. Die Autobiographie*. München: Bertelsmann 2003

Olivier Roy, *Globalised Islam. The Search for a New Ummah*. London: Hurst 2004

Mostafa Zahrani, “The Coup that Changed the Middle East: Mossadeq v. the CIA in Retrospect.” *World Policy Journal* 19, no 2, 2002

Stephen Kinzer, *All the Shah’s Men: An American Coup and the Roots of Middle East Terror*. New Jersey: John Wiley & Sons 2003

Azar Nafisi, *Reading Lolita in Teheran. A Memoir in Books*. New York: Random House 2003

Katajun Amirpur und Reinhard Witzke, *Schauplatz Iran. Ein Report*. Freiburg: Herder 2004